

AUS DEM KANTONS RAT

Nein zur Mittelstands-Belastungsinitiative

Die von den Jungsozialisten eingereichte sogenannte Entlastungsinitiative, die in Tat und Wahrheit auch u.a. eine Mittelstandsbelastungsinitiative ist, hat der Kantonsrat mithilfe der SVP klar abgelehnt.



Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Thalwil

Bei einer Annahme dieser Initiative würden rund 20 Prozent der Steuerzahler keine Steuern mehr im Kanton Zürich bezahlen. Das wären voraussichtlich fast doppelt so viele wie bisher. Das würde bedeuten: dass jeder Fünfte nichts mehr dazu beitragen würde, dass unser Kanton Zürich weiterhin funktionieren kann.

Gleiche Pflichten

Das heisst nichts anderes, als dass diese Haushalte weder dazu beitragen, dass weiterhin in die Bildung investiert wird, noch der öffentliche Verkehr unterhalten und ausgebaut wird oder kulturelle Einrichtungen unterstützt werden. Also auch nichts zu den Kernanliegen von der JUSO, der SP und ihrer Klonparteien. Gleiche Rechte bedingen auch gleiche Pflichten für alle. Steuern zu zahlen ist eine mühsame und in der Regel eher ungeliebte Pflicht. Diese für einen so grossen Teil der Bevölkerung mehr oder weniger abzuschaffen ist grundsätzlich falsch. Möglichst jede Frau und

jeder Mann sollten ihren Beitrag zur Allgemeinheit beitragen, soweit dies eben gesetzlich vorgegeben ist. Diese Initiative würde einen viel zu grossen Teil der Bevölkerung von dieser Pflicht befreien.

Der sogenannte Mittelstand, d.h. Personen und Haushalte mit mittleren Einkommen, tragen bereits heute eine überproportionale Belastung an allen Fronten: keine Krankenkassenprämien Verbilligung, volle Taxen bei Krippen, in der Regel keine subventionierte Genossenschaftswohnungen usw. Die Milchkuhe der Nation: ja, das ist der Mittelstand und insbesondere der obere Mittelstand. Wobei genau diese Personen und Haushalte sehr viel zum Wohlstand in diesem Land beitragen. Der Titel dieser Initiative ist trügerisch und bringt diesen Personen nichts oder nur sehr wenig. Leute mit Einkommen von über 120 000 Franken müssen alle viel mehr bezahlen und das sind in der Regel genau die Haushalte, wo beide, Mann und Frau, arbeiten gehen und damit auch den Bedarf an Arbeitskräften, die in der Wirtschaft teilweise dringend gebraucht werden, abdecken und somit ebenfalls sehr stark zum Wohlstand vom Kanton Zürich beitragen. Übrigens ist dies gelebte Gleichberechtigung und dies ganz freiwillig, ohne staatliche Einmischung und irgendwel-

che Quoten, wie immer von der linken Ratsseite gefordert.

Überproportional hoch

Personen mit hohem Einkommen bezahlen bereits heute auch weit überproportional höhere Steuern als die Personen mit viel tieferem Einkommen. Für die Betroffenen neue Progressionsstufen einzuführen und die höchste Progressionsstufe von 13 auf 17 Prozent zu steigern und damit die Steuerbelastung um rund 30 Prozent erhöhen zu wollen, ist eine massive Forderung, die nur Personen in den Sinn kommen kann, die extrem ideologisch denken, für die Einkommen und Geld verdienen prinzipiell was Anrüchiges oder Schlechtes ist und die irgendwo in der Vergangenheit stehengeblieben sind sowie den überall auf der Welt gescheiterten sozialistischen Systemen nachtrauern.

Wir von der SVP konnten dies nicht nachvollziehen und fanden dies in jeder Beziehung falsch. Schlussendlich fanden unsere Argumente auch eine grosse Mehrheit innerhalb vom Gesamtkantonsrat und die von der JUSO eingereichte «Neidinitiative» wurde erfreulicherweise sehr klar mit 125 zu 41 abgelehnt. Hoffen wir, die Stimmbewölkerung wird bei der bevorstehenden Abstimmung gleich entscheiden.